56. Jahrgang. № 91. Dienstag, 2. April 1912.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/21 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 • 2096 • 3.01.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Thürmer Flügel u. Pianos sind von hervorragender Qualität und äusserst preiswert. Verkaufs-Magazin: Meissen, Martinstrasse 12.

Galerie E. Arnold
Schloss-Strasse 34.
Stätten der Arbeit.

Königl. Preuß. Staatsmedaille i. Silber.
Bon Jour mit Goldmundstück .... 3½ Pfg.
Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstück. 6½ und 10 Pfg.
Lieblings-Zigarette Sr. Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen.
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E.C. — Frankfurt a./M., Bahnhofsplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Techn. Gummiwaren
für alle Arten Betriebe.
Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik
Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

Zu Frühjahrskuren
Kräutersäfte, haltbar u. konzentr., für mehr. Tage ausreichend, Flasche 1,20 Mk., Flasche 1,30 Mk. mit Sarsaparill verstärkt, empfehlenswert bei Korpulenz, 1 Mk., ½ 50 Pfg. Dr. Kleneckes aromatischer Blutreinigungs-Tee, Dr. Brandes Blutreinigungs-Pillen und -Pulver, 1 Mk.
Salomonis-Apotheke
DRESDEN-A., Neumarkt 8.

Für eilige Leser.

Am Montag trat der Zweckverband Großberlin in Kraft.

Die streikenden Großberliner Herrenmaßschneider haben die Einigungsvorschläge abgelehnt.

In Rom ist zum Ankauf von Militär-Aeroplanen eine Sammlung eingeleitet worden. Die Spenden laufen reichlich ein.

In der Oxford—Cambridge Bootwettfahrt siegte das Boot der Universität Oxford.

Nochmals Alt- und Jungliberalismus.

Die Krise in der nationalliberalen Partei, die auf dem Drängen des Jungliberalismus nach links und auf der Hinneigung des Führers Bassermann zu dieser radikalen Richtung beruht, würde erheblich weniger bedrohlich sein, wenn nicht die Parteileitung seinerzeit den Fehler begangen hätte, die Gründung einer besonderen jungliberalen Organisation innerhalb des Parteiverbandes zu gestatten. Der so mit Zustimmung der höchsten parteiamtlichen Instanz geschaffene Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend geriet sehr bald in ein völlig radikales Fahrwasser und verlor jede Neigung, sich den besonneneren älteren Elementen des Nationalliberalismus, welche die Traditionen Bennigsens hüteten, unterzuordnen. Der Jungliberalismus trat als eigene selbständige Macht auf den Plan, bildete einen „Staat im Staate" und maßte sich in steigendem Maße an, der Partei die politische Marschroute im Sinne des extremen Linksliberalismus vorzuschreiben. Als das Uebel solchen Umfang angenommen hatte, daß das Ansehen der nationalliberalen Partei ernstlich durch die radikalen Quertreibereien Schaden zu leiden begann und der fortgesetzte innere Hader Kernfäule im Gesamtorganismus zu erzeugen drohte, sahen die gemäßigten Kreise des Liberalismus endlich ein, wie falsch es gewesen war, daß man dem Jugendverbande eine organisatorische Sonderstellung in der Partei eingeräumt und ihm überdies noch gewisse statutarische Vorrechte gewährt hatte, die ihm eine eigene Vertretung im Zentralvorstande und auf den Parteitagen sicherten. Nunmehr regte sich der Widerstand gegen die jungliberale Sonderorganisation sehr nachdrücklich, und oft genug bekam der Reichsverband der „Jungen" von den „Alten" Kritiken zu hören, die ungeschminkt auf das Leitmotiv gestimmt waren: „Der Knabe Karl fängt an, mir fürchterlich zu werden." Die „Jungen" hörten aber nicht auf die Stimmen von rechts her, sondern fuhren fort, sich in der unerträglichsten Weise mausig zu machen, und als sie dann vollends sich herausnahmen, der Fraktion par ordre du mufti die Haltung bei der Reichstags-Präsidentenwahl zu diktieren, wobei das bekannte beschämende Ergebnis herauskam, daß zahlreiche nationalliberale Abgeordnete für das Oberhaupt der Sozialdemokratie stimmten, da war das Maß der Geduld der gemäßigten Richtung voll, und es kam endlich zu einer Tat. Diese bestand in dem in der letzten Sitzung des nationalliberalen Zentralvorstandes gefaßten Beschlusse, eine Aenderung des allgemeinen Organisationsstatuts in dem Sinne vorzunehmen, daß nur solche speziellen Vereine der Parteiorganisation angeschlossen werden können, die ihrerseits den Landesverbänden angeschlossen sind und nicht einen besonderen Verband mit eigener Spitze bilden. Zur endgültigen Entscheidung über diesen Beschluß des Zentralvorstandes ist der im Mai tagende nationalliberale Vertretertag berufen.

Darüber, daß der gedachte Beschluß seine Spitze direkt gegen den Reichsverband der nationalliberalen Jugend richtet, ist schlechterdings kein Zweifel möglich, und die Jungliberalen selbst geben sich denn auch über die Tragweite des altliberalen Vorgehens keinerlei Täuschung hin. Sie machen vielmehr auf der ganzen Linie mobil und haben den Vorstand ihres Reichsverbandes, der am Sonntag in Frankfurt a. M. getagt hat, veranlaßt, einen Vertretertag der nationalliberalen Jugend noch vor dem allgemeinen Delegiertentage der Gesamtpartei einzuberufen, in der unverkennbaren Absicht, auf solchem Wege nach der bisher üblichen Gepflogenheit einen Druck auf die Gesamtpartei auszuüben. Der Vorstoß der hannoverschen Reichstagsabgeordneten und Parteiführer gegen den Zentralvorstand ist ebenfalls auf jungliberale Einflüsse zurückzuführen. Bezeichnend ist auch die „Mißbilligung", die der Vorstand des Reichsverbandes darüber ausgesprochen hat, daß er bei der Einbringung des Antrages der nationalliberalen Reichstagsfraktion, wonach sämtliche Fraktionsmitglieder dem Zentralvorstande der Gesamtpartei angehören sollen, übergangen worden ist. Darin kommt zum Ausdruck, daß der Reichsverband sich durchaus als herrschender, maßgeblicher Faktor innerhalb der Partei fühlt, der es als eine Verletzung seiner Würde empfindet, wenn er als „quantité négligeable" behandelt wird. Das ist zweifellos ein ungesunder Zustand, wenn ein für sich organisierter Fremdkörper in der Gesamtpartei zu solcher Macht und solchem Einflusse emporsteigt, daß er sich derartig als Herr der Lage gebärden kann.

Es wird eine Schicksalsfrage für die Fortexistenz des Nationalliberalismus als gemäßigte ausgleichende Mittelpartei sein, daß die altliberalen Elemente sich nicht wieder „herumkriegen" lassen und jeder Beeinflussung durch die zu gewärtigenden radikalen Machenschaften im Zusammenhange mit dem jungliberalen Vertretertage unzugänglich bleiben. Die Stunde ist wirklich sehr ernst für die Partei Bennigsens und Miquels, und wenn jetzt der richtige Augenblick zum entscheidenden Handeln wiederum verpaßt wird, dann kann selbst der beste politische Freund des Nationalliberalismus diesem kein günstiges Horoskop mehr stellen. Was der Augenblick gebieterisch von den Altliberalen auf dem demnächstigen Vertretertage fordert, ist zweierlei: einmal die bedingungslose Auflösung der Sonderorganisation des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend, und zum andern die Ablehnung der Anträge auf Verstärkung des Zentralvorstandes durch die Mitglieder der Fraktionen des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses. Eine Wiederherstellung der inneren Geschlossenheit der nationalliberalen Partei ist nur möglich, wenn die Jungliberalen gezwungen werden, entweder ihre Sonderorganisation durch Auflösung des Reichsverbandes preiszugeben und sich unter Verzicht auf die Fassung selbständiger, gegen die Parteileitung gerichteter Beschlüsse dem allgemeinen Ganzen ein- und unterzuordnen, oder aber dorthin zu gehen, wohin ein Teil der Jungliberalen bereits abmarschiert ist und wohin die meisten noch in der Partei verbliebenen jungliberalen Elemente ihrem eigentlichen Wesen nach gehören: zur Fortschrittlichen Volkspartei. In diesem Punkte gibt es kein Ausweichen mehr, sondern nur noch eine klare zielbewußte Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung, wenn anders die nationalliberale Partei überhaupt wieder auf einen grünen Zweig kommen soll. Ferner müssen aber auch die Anträge auf Erweiterung des Zentralvorstandes durch die Mitglieder der parlamentarischen Fraktionen im Reiche und in Preußen rundweg abgelehnt werden, weil andernfalls der Jungliberalismus durch eine Hintertür wieder hereinspazieren würde. Die Sache liegt nämlich so, daß die jungliberalen Triebkräfte in den parlamentarischen Fraktionen, vor allem in der Reichstagsfraktion, überwiegen, während in der Leitung der Gesamtpartei bisher noch das gemäßigte altliberale Element die Oberhand behalten hat, wie das Vorgehen des Zentralvorstandes gegen den jungliberalen Reichsverband beweist. Wollte daher der Vertretertag zwar die Auflösung der jungliberalen Organisation beschließen, gleichzeitig aber auch die Ueberflutung des Zentralvorstandes mit parlamentarischen Fraktionsmitgliedern genehmigen, so würde er mit der einen Hand verderben, was er mit der anderen gut gemacht hätte. Es gibt tatsächlich keine andere Möglichkeit für den gemäßigten Liberalismus, wieder zur parteipolitischen Gesundung zu gelangen, als die unbedingte Zurückführung des Jungliberalismus zur Parteidisziplin oder die Ausscheidung seiner andauernd unbotmäßigen Elemente. Von der größeren oder geringeren Entschiedenheit, womit der nächste Vertretertag diesen Grundsatz betätigt, wird das Schicksal der Gesamtpartei wesentlich beeinflußt werden. Sind erst einmal die Würfel gegen den Jungliberalismus gefallen, so wird auch die Personenfrage, bei der es sich um die Führerschaft Bassermanns handelt, viel leichter zu erledigen sein.

Neueste Drahtmeldungen

vom 1. April.

Minister Hartwieg und die Erbschaftssteuer.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Braunschw. Neuest. Nachr." schreiben zu der Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg." über die Erbschaftssteuerfrage sowie zu der Berichtigung des Wolffschen Bureaus, daß ihnen vom Staatsminister Hartwieg keinerlei Berichtigungen zugegangen seien: „Die Nachricht, die nachträglich aus Braunschweig, zuerst aber aus Berlin, datiert ist, spreche von einem völligen Mißverständnis über die Antwort des Ministers Hartwieg. Ein solches Mißverständnis habe dem Vertreter der Redaktion der „Braunschw. Neuest. Nachr." um so weniger unterlaufen können, als seine Frage nach der Stellung der Staatsregierung in Sachen der Erbschaftssteuer gerichtet gewesen sei. Es ist," fährt das Blatt fort, „unserer Ansicht nach als feststehend anzusehen, daß in der Ministerkonferenz keinerlei Verhandlungen (in der Erklärung des Ministers schrieben wir „Erwägungen") über die Erbschaftssteuer stattgefunden haben, nachdem der Reichskanzler nach dem Vortrage des Reichsschatzsekretärs seine ablehnende Haltung vorher präzisiert hatte. Interessant ist es für uns, festzustellen, daß die Antwort des Wolffschen Bureaus nachträglich aus Braunschweig datiert war, nachdem in dem uns vorliegenden Exemplare die erste Datierung aus Berlin, sowie der Zusatz: „Wie wir von unterrichteter Stelle aus Braunschweig hören" (womit unseres Wissens der braunschweigische Bundesratsbevollmächtigte Geheimrat Boden gemeint ist) gestrichen sind. Ob der Wortlaut der Erklärung in Braunschweig oder Berlin festgestellt ist, das zu erklären ist uns nicht möglich, aber wir gehen wohl in der Annahme nicht fehl, wenn wir eine gewisse Mitarbeit von Vertretern der Wilhelmstraße in dem Schriftstück vermuten."

Ein Reichsüberschuß von 200 Millionen?

Berlin. (Priv.-Tel.) Es wird erwartet, daß der Reichsetat des Jahres 1911/12 mit einem Ueberschuß von über 200 Millionen Mark über den Voranschlag abschließen wird.

Zur Speidel-Krise.

München. (Priv.-Tel.) Generalintendant Freiherr v. Speidel hat von dem Gesamtpersonal der bayrischen Hoftheater eine Vertrauensadresse erhalten, in der die Angriffe auf Speidel als gehässig und ungerecht bezeichnet wurden und erklärt wird, daß es die Unterzeichner der Adresse auf das schmerzlichste beklagen würden, wenn die vielfach verbreiteten Gerüchte vom Rücktritt Speidels sich bewahrheiten sollten.

Die Krise in Ungarn beseitigt.

Budapest. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stellte sich das neuernannte Kabinett Khuen-Hedervary vor und wurde von der Regierungspartei begeistert begrüßt. Ministerpräsident Khuen-Hedervary erklärte, es war unsere Pflicht, die Gewissensruhe des Königs herzustellen und unabsehbare Verwirrungen zu beseitigen. Die Regierung will daher ihre Rechtsauffassung betr. die Resolution über die Einberufung der Reservisten nicht geltend machen. Wir haben neuerdings die Regierung übernommen, um uns das Wohlwollen des Monarchen zu sichern und die Arbeit fortzusetzen, die wir im Interesse der Nation übernommen haben. Auf dieser Grundlage erbitte ich um das Vertrauen des Abgeordnetenhauses. (Lebhafter Beifall und stürmische Rufe rechts: „Es lebe der König!") Kossuth erklärte namens seiner Partei, daß diese nunmehr freie Hand erhalten habe und beantragte die Entsendung eines Ausschusses, der eine Adresse an den König verfassen soll, um diesen zu überzeugen, daß Artikel 18 des Gesetzes von 1888 keine Schmälerung der Majestätsrechte enthalte. Im Namen der Juhpartei erklärte Heller, eine endgültige Lösung der Krisis sei nur durch die Wahlreform möglich. Graf Julius Andrassy billigte das Vorgehen des Grafen Khuen-Hedervary vollkommen und sagte, es gebe keinen gewissenhaften Ungarn, der in einem solchen Augenblicke und in einer solchen Lage anders gehandelt hätte. Aus dem königlichen Handschreiben sei ersichtlich, daß sich Graf Khuen-Hedervary einer Stimmung gegenüber befunden habe, die nicht zu berücksichtigen geradezu ein Verbrechen gegen die Nation und undankbar gegen die Krone gewesen wäre. Graf H. Zichy erklärte im Namen der klerikalen Volkspartei, er beuge sich vor den Argumenten, die das königliche Handschreiben enthalte. — Die Debatte wurde auf morgen vertagt.

Wien. (Priv.-Tel.) Von unterrichteter Seite wird auf das bestimmteste erklärt, daß durch den Konflikt zwischen der ungarischen Opposition und der Krone bei der Wehrvorlage kein bedrohlicher Zustand der Unsicherheit in der Monarchie zu befürchten ist. Der Kaiser sei nicht regierungsmüde; seine Gesundheit sei eine vortreffliche. Wenn trotzdem der Kaiser in seinem Handschreiben einen festen Ton angeschlagen habe, so sei er hierzu aus Gründen der internationalen Lage gezwungen gewesen. Oesterreich stehe vor der Erneuerung der Handelsverträge, und da sei es ein Gebot der Krone gewesen, einmal reinen Tisch zu machen, um der ungarischen Opposition die Grenzen festzustecken, über welche sie nicht hinausgehen darf, solange der Kaiser von Oesterreich König von Ungarn ist. Eine Verschleppung der Wehrreform setze den Wert Oesterreich-Ungarns als Bundesgenossen im Auslande herab und deshalb müsse die Vorlage in allen ihren Teilen in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden.

Zum Bergarbeiterstreik in Böhmen.

Brüx. (Priv.-Tel.) Das Zentralstreikkomitee beschloß, den Streik auch auf den Schächten, wo Zugeständnisse erfolgt sind, aus Solidaritätsrücksichten aufrecht zu erhalten.